

RÜCKENWIND FÜR DEN KAPITALMARKT



Was die Österreicher über Wertpapiere und Aktien wissen. Welche Impulse das Regierungsprogramm für den Kapitalmarkt vorsieht.

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ECONOMICS CORNER
Warum Finanzmärkte so wichtig sind

Seite 2



AUSBLICK
Wie der Green Deal zur Chance für die Industrie werden kann

Seite 5



WIEN
Entrepreneur of the Year Award: Bewerbungsphase eröffnet

Seite 10

Warum die Finanzmärkte so wichtig sind, aber ein schlechtes Image haben

Ein gut ausgebauter Kapitalmarkt ist ein hohes öffentliches Gut: Er belohnt gute und sanktioniert schlechte Politik.

Finanzmärkte müssen immer wieder als Sündenböcke für Krisen herhalten, denen eigentlich ein Politikversagen zugrunde liegt. So lag etwa der Ursprung der Finanzmarktkrise 2008 im staatlich subventionierten Traum der US-Amerikaner vom Einfamilienhaus für Jedermann. Die Eurokrise war keine Krise des Euro oder der Währungsmärkte, sondern eine Strukturkrise einiger Eurostaaten. Diese versuchten mit niedrigen Realzinsen durch den Eurobeitritt ihre längst notwendigen Reformen auf die lange Bank zu schieben.

Die wichtigste gesellschaftspolitische Funktion des Kapitalmarkts ist die Chancengerechtigkeit.

Chancengerechtigkeit und breite Beteiligungsmöglichkeiten

Das hohe Gut einer Liquidität wird in der öffentlichen Diskussion oft unterschätzt. Ein gut funktionierender und liquider Kapitalmarkt bedeutet, dass Vermögen und Anteilseigentum an Unternehmen so breit wie möglich gestreut werden kann; dass Geld auch dort vorhanden ist, wo es kurzfristig

nicht erwirtschaftet werden kann oder dass Staaten ihre Ausgaben nicht immer zeitgleich mit Steuereinnahmen decken müssen und damit Budgetdefizite überhaupt erst ermöglicht werden.

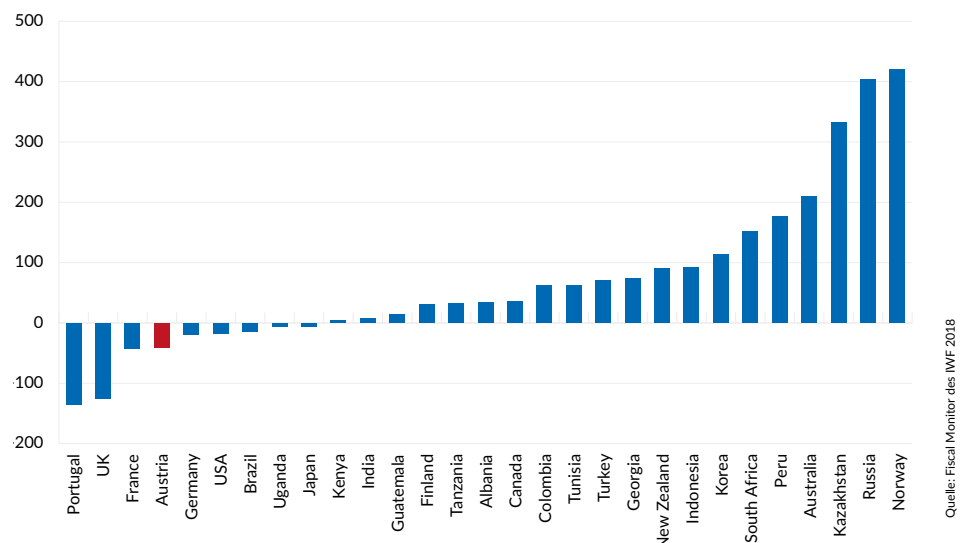
Die wichtigste gesellschaftspolitische Funktion des Kapitalmarkts ist jedoch die Chancengerechtigkeit. Wenn man heute ein Unternehmen mit einer guten Geschäftsidee gründen will, zählt nicht mehr, ob man ein einflussreiches Netzwerk hinter sich hat. Es geht darum, ob die Idee so viele Menschen wie möglich überzeugt, die bereit sind, dafür ein Risiko einzugehen. Je ausgebauter der Kapitalmarkt, desto breiter die Beteiligungsmöglichkeiten.

Disziplinierung der Politik

Warum Kapitalmärkte trotzdem ein negatives Image haben, liegt vermutlich an ihrer wichtigen Funktion der Disziplinierung der Politik. Gläubiger müssen darauf vertrauen, dass die Schuldner das Geld richtig einsetzen, um dieses später wieder zurückzubekommen. Dabei wird oft vergessen, dass die Gläubiger am längeren Ast sitzen, denn SIE müssen vertrauen – nicht umgekehrt. Wir sollten nicht vergessen, dass heute bereits zwei Drittel der österreichischen Staatsschulden in ausländischem Besitz sind. Das bedeutet zwar, dass der Staat sich effizient und kostengünstig refinanzieren kann. Es bedeutet aber auch, dass nicht nur der Wähler mit dem Stimmzettel und die Bürger mit den „Füßen“ (Standortflucht) die

Bilanzen der Staaten

Vermögen (monetär und real) minus Verpflichtungen (Schulden inkl. Pensionsversprechungen) in % des BIP 2016



Österreich zählt zu jenen Ländern, in denen die Verpflichtungen die Vermögenswerte übersteigen.

Politik sanktionieren können, sondern auch die internationalen Gläubiger in Form von höheren Aufschlägen. Das ist unangenehm, so sind aber eben die Spielregeln.

Der Internationale Währungsfonds hat vor kurzem die Schulden von 31 Staaten ihren damit finanzierten Vermögenswerten gegenübergestellt: Die Schulden übersteigen nur bei wenigen Staaten – darunter Österreich – die Vermögenswerte. Diese neue Art der Bilanzierung bietet erstmals eine ähnliche Transparenz wie bei Unternehmen und zeigt

eines deutlich: Die Staatsschulden wurden in Österreich bisher kaum investiv, sondern eher konsumtiv eingesetzt. Das liegt nicht am Kapitalmarkt, sondern an den Entscheidungen der Politik. Bleibt zu hoffen, dass die Rechnung noch etwas auf sich warten lässt.

KONTAKT

Clemens Wallner,
Wirtschaftspolitischer Koordinator
der IV: clemens.wallner@iv.at

GASTKOMMENTAR

Die Regierung braucht zwei Augen

Zwei Parteien mit getrennten Betätigungsfeldern: Trotz ihrer ungewohnten Grundkonzeption war der Antritt der neuen Koalition vielversprechend. Doch im türkis-grünen Gebüsch lauern zwei Gefahren.

Der Beginn der türkis-grünen Regierung war von drei Überraschungen gekennzeichnet. Die Erste war, dass diese Koalition überhaupt zustande kam. Die Zweite war das Konzept, das ÖVP und Grüne ihrer Zusammenarbeit zugrunde legten. Und die dritte Überraschung bestand darin, wie die beiden Parteien die ersten Wochen gestalteten.

Alle drei Punkte hängen eng miteinander zusammen. Auf eine klassische Koalition, bei der Einigkeit in allen Punkten angestrebt wird, hätten sich ÖVP und Grüne niemals verständigen können. Dazu sind die beiden Parteien zu unterschiedlich. Sie entwickelten daher das Konzept der Komplementärkoalition: Jeder ist für seinen Bereich zuständig und redet dem anderen nichts drein, damit – so zumindest die Theorie – am Ende „das Beste aus zwei Welten“ steht. Und nicht – wie zumeist in der Großen Koalition – ein Minimalkompromiss, der letztlich niemanden zufrieden stellt.

In den ersten Wochen nützte vor allem die ÖVP das Prinzip der exklusiven Zuständigkeit intensiv aus. Sie trommelte beharrlich ihre Sicherheitsthemen, und redeten die Grünen dagegen, wurde ihnen barsch bedeutet, dass sie das Thema überhaupt nichts angehe. Erstaunlicherweise nahmen die Grünen das nahezu widerspruchlos zur Kenntnis. Wobei sicherlich mitspielte, dass sie den Kaltstart von der außerparlamentarischen Opposition zur Regierungspartei nur langsam bewältigten.

So einleuchtend diese Taktik der ÖVP ist (sie will damit ihren Wählern zeigen, dass auch mit dem neuen Koalitionspartner der bisherige

Alexander Purger
ist Journalist bei den „Salzburger Nachrichten“.

Mitte-rechts-Kurs fortgesetzt werden kann), so kurzsichtig ist sie. Denn irgendwann werden sich die Grünen zu wehren beginnen und in gleicher Münze zurückzahlen.

Aus heutiger Sicht drohen dieser Koalition zwei Gefahren. Die Erste ist, dass ihr das Geld knapp wird. Bei sich eintrübender Konjunktur und sinkenden Steuereinnahmen wird es nicht mehr so leicht sein, Zielkonflikte (etwa

„Die Welt wird nicht dadurch gerettet werden, dass man die Wirtschaft immer weiter der staatlichen Gängelung unterwirft, sondern indem man ihre Innovationskraft entfesselt.“

zwischen Nulldefizit und Klimaschutz) dadurch zu lösen, dass man einfach die Wünsche beider Parteien erfüllt. Dann muss die

Regierung Schwerpunkte setzen, und damit ist Streit programmiert. Überhaupt – und das ist die zweite Gefahr –, wenn die Grünen den Spieß umdrehen und gegenüber der ÖVP auf ihre alleinige Kompetenz für den Klimaschutz pochen sollten. Dann wird es gefährlich, denn um die viel beschworene Klimawende zu schaffen, braucht es keine Klimapolitik Marke Greta (also ohne Rücksicht auf Verluste), sondern bedarf es technischer Innovationen. Und die kommen, wie man weiß, nicht von Bürokraten und Ideologen, sondern von den Forschung treibenden Unternehmen.

Die Welt wird nicht dadurch gerettet werden, dass man die Wirtschaft immer weiter der staatlichen Gängelung unterwirft, sondern indem man ihre Innovationskraft entfesselt. Und indem man die Menschen nicht mit immer neuen Verboten eindeckt und verschreckt, sondern sie zu interessierten Teilhabern des Projektes Klimaschutz macht.

Für die Koalition heißt das, dass sie nur dann Erfolg und Dauer haben wird, wenn sie das Konzept der geteilten Zuständigkeiten nicht exzessiv anwendet, sondern – wie es der frühere Wissenschaftsminister Karlh ein Tochterle formuliert hat – die Welt mit beiden Augen sieht: mit dem Umwelt- und mit dem Wirtschaftsauge.



Konjunktur für den Kapitalmarkt

Der Kapitalmarkt ist eines der besten Beispiele dafür, dass uns Populismus und vergangenheitsorientierte Ideologie teuer zu stehen kommen.

Eigentums- bzw. „Millionärs“-Steuern, 35-Stunden-Woche, Unternehmens-Bashing: Auftritte einzelner Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter bringen immer wieder politische Vorschläge und Vorstellungen zu Tage, die mit der modernen Arbeits- und Wirtschaftswelt nichts zu tun haben. Vernünftige Entlastung, wie etwa bei der Körperschaftsteuer, die Arbeitnehmern und Betrieben nützt, wird hingegen als „Geschenk an die Reichen“, abgekanzelt.

Dass dahinter nichts als Populismus steckt, zeigen die Fakten. Unsere Betriebe schultern ein Drittel des heimischen Steueraufkommens – Tendenz steigend. Das Körperschaftsteuer-Aufkommen ist von 1988 bis 2019 um etwa das Zehnfache (!) gestiegen. Alleine unsere Industrie sorgt direkt für rund eine Million Arbeitsplätze im Land – und das soll sie dank Entlastung auch in Zukunft tun können.

Ein besonders krasses Beispiel, wie uns Populismus teuer zu stehen kommt, ist die jahrzehntelange Denunzierung des Kapitalmarkts als kapitalistische Eliten-Veranstaltung. Ergebnis: Das Finanzwissen der Bevölkerung ist international auf höchst bescheidenem Niveau. Das Kapitalmarkt-Engagement und seine Bedeutung für den Vermögensaufbau und die Alterssicherung hält sich in engen Grenzen. Und unsere Betriebe und ihre Beschäftigten können von den Potenzialen eines funktionierenden Kapitalmarktes zu wenig profitieren.

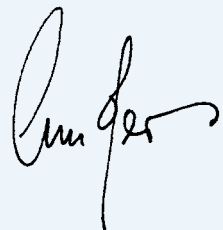
Mangelndes Wissen hat Populisten und Ideologen Tür und Tor geöffnet, um den Kapitalmarkt zu verteufeln und die Menschen

zu verunsichern. Das Schüren einer negativen Stimmung gegenüber dem Kapitalmarkt hielt die Politik lange Zeit davon ab, sich dem Thema mit dem notwendigen Engagement zu widmen. Dabei hat Aktienforum-Präsident Robert Ottel zu Recht darauf hingewiesen, dass in Österreich Wirtschafts- und Finanzbildung sehr stark vererbt wird. Gerade deshalb wäre es hoch unsozial, wenn die Schranken nicht beseitigt werden, die jungen Menschen den Zugang zu Wissen verwehren.

Doch das Bild wandelt sich: Der Anteil jener, die sich für Wertpapiere interessieren, ist in den vergangenen zwei Jahren deutlich gestiegen – die Niedrigzinspolitik hat vielen die Augen geöffnet. Dazu kommt, dass die Bundesregierung viele Anliegen für den österreichischen Kapitalmarkt aufgegriffen hat. Je rascher und konsequenter die avisierten Maßnahmen umgesetzt werden, desto besser.

Dieser neue Rückenwind ist für Standort und Gesellschaft entscheidend. Denn ganz Österreich muss ein Interesse an einem starken Kapitalmarkt haben. Dafür braucht es echte Anreize und fundiertes Wissen. Und keine ideologische Propaganda von gestern.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„

„Wir müssen das Kunststoffrecycling, wie wir es heute in Österreich haben, in den nächsten fünf Jahren verdoppeln.“

Christoph Scharff,
Vorstand der Altstoff Recycling Austria

„

„Da könnte sich Österreich zu einem großen Markt entwickeln.“

Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß,
Geschäftsführerin Fronius International GmbH, zu den Chancen des im Regierungsprogramm angekündigten Ausbaus der Photovoltaik

„

„Wir müssen unsere Industrie nicht nur halten, sondern ausbauen und damit Arbeitsplätze und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten für die Zukunft absichern.“

Wolfgang Hesoun,
Vorstandsvorsitzender
Siemens AG Österreich

FINANZWEISSEN

AKTUELLES IN KÜRZE

TWEET DES MONATS



AUF EINEN BLICK

Wie die Rot-Weiß-Rot-Karte weiterentwickelt werden soll, lesen Sie

auf Seite 4.

Was bringt die Steuerentlastung für Bürger und Standort? Mehr dazu

auf Seite 8.

Welche Schwerpunkte beim EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe gesetzt werden müssen, finden Sie

auf Seite 5.

Warum die Firmenkultur immer wichtiger wird, lesen Sie

auf Seite 9.

ZAHL DES MONATS

15.806

Österreich hat ein Input-Output-Problem, etwa im Bildungsbereich: 2019 betrug die Pro-Kopf-Ausgaben für die Schüler bis zur Matura 15.806 US-Dollar. Das liegt deutlich über dem OECD-Schnitt (10.502 US-Dollar). Dabei weist rund jeder dritte Schüler (31 Prozent) am Ende der Pflichtschulzeit zumindest in einer der drei inhaltlichen PISA-Domänen (Lesen, Schreiben, Rechnen) gravierende Mängel auf.





Die Rot-Weiß-Rot-Karte soll weiterentwickelt werden

Verfahren sollen gestrafft und bürokratische Hürden abgebaut werden. Insgesamt fordert die IV, dass Österreich bei der Zuwanderung vom Verwalten in ein Gestalten kommt.

Der Fachkräftemangel zählt nach wie vor zu den zentralen Herausforderungen für die Industrie. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird er sich weiter zuspitzen: 2050 werden in Österreich auf 100 Personen im Erwerbspersonenalter

insgesamt 46,5 Personen kommen, die 65 Jahre oder älter sind. Das bedeutet einen Anstieg von 63,7 Prozent gegenüber heute. Trotz derzeit schwacher Wirtschaftslage möchte mehr als jeder zehnte Betrieb seit nunmehr über sieben Quartalen weiterhin Personal aufstocken. Das geht aus der

jüngsten IV-Konjunkturumfrage hervor. Aus Sicht der Industrie braucht es zur Sicherung der Fachkräftebasis zweierlei: höhere Qualifizierung und Erwerbstätigkeit im Inland sowie eine proaktive Steuerung der qualifizierten Zuwanderung. Wichtiger Bestandteil davon ist wiederum die Rot-Weiß-Rot-Karte, die modernisiert und vor allem entbürokratisiert werden muss.

Beratung bei RWR-Karten-Verfahren ausgebaut. Hier sollen sich Unternehmen wie bei einem One-Stop-Shop unbürokratisch über den aktuellen Verfahrensstand informieren können. Auch sollen die vielfach kritisierten bürokratischen Hürden bei der ortsüblichen Unterkunft entfallen.

Für die IV sind all das Schritte, die das Verfahren für alle Beteiligten einfacher machen. Insgesamt plädiert die Industrie dafür, dass die im Regierungsprogramm verankerte Gesamtstrategie für qualifizierte Zuwanderung konsequent weiterverfolgt wird. In diesem Sinne ist es wichtig, dass Österreich mehr und mehr vom Verwalten der Zuwanderung in ein Gestalten kommt. Nächste Schritte müssten etwa die Förderung der Präsenz Österreichs in der Welt und die gezielte Anwerbung in ausgewählten Herkunftsländern sein.

Verfahren werden einfacher

Ende Februar hat die türkis-grüne Regierung Verbesserungen angekündigt – und dabei Empfehlungen aus der Industrie aufgegriffen: So soll die Antragstellung – Stichwort Digitalisierung – vereinfacht werden. Beschleunigt werden soll die Verfahrensdauer, um die Wartezeiten bei den Behörden zu verkürzen. Dafür wird ein Monitoringsystem sorgen. Zudem wird die Austrian Business Agency zu einer Servicestelle für



Folgen von COVID-19 für die Wirtschaft

Wie sich die Epidemie auf die heimische Bruttowertschöpfung auswirkt, hat IV-Chefökonom Christian Helmenstein berechnet. Außerdem erklärt er, warum China von der Epidemie sogar profitieren könnte.

Neben den menschlichen Tragödien hat das Coronavirus (COVID-19) auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Das Ausmaß berechnete IV-Chefökonom Christian Helmenstein Ende Februar. Demnach erwartet er – bedingt durch die Epidemie – einen Verlust an Bruttowertschöpfung von 569 Mio. Euro für 2020. Das entspricht 0,15 Prozent der gesamten heimischen Bruttowertschöpfung in diesem Jahr. Der zu erwartende BIP-Zuwachs fällt somit um rund 12 Prozent geringer aus als ohne Auftreten der COVID-19-Epidemie. Bisher lag die IV-Prognose für Österreichs Wirtschaftswachstum zwischen 1 und 1,25 Prozent.

Damit führt die Epidemie kurzfristig zu einem auch in Österreich spürbaren Verlust an wirtschaftlicher Dynamik. Dennoch meinte der Ökonom unmittelbar nach den ersten COVID-19-Fällen in Österreich, dass die in Europa nur mäßig dynamische Konjunktur ausreichend ist, um diesen Negativ-Schock abzufedern. Die österreichische Volkswirtschaft wird demnach nicht in eine Rezession abgleiten.

Vorausgesetzt es gelingt, die Ausbreitung der Infektion in den kommenden Wochen wirksam einzudämmen.

„Unfreiwilliges“ Realexperiment, Digitalisierungsschub

Einzelne Wirtschaftszweige werden allerdings von den Produktionsausfällen und Lieferunterbrechungen aus China weitaus stärker betroffen sein als der Durchschnitt der österreichischen Wirtschaft. Zudem weist Helmenstein darauf hin, dass die Epidemie in China mittelfristig zu einer erheblichen Veränderung von Prozessen der Leistungserbringung führt. Beispielsweise durchläuft das Land gerade ein „unfreiwilliges“ Realexperiment, inwieweit sich Schulunterricht (weiter) virtualisieren lässt. Unter gewissen Umständen gilt dies auch für bestimmte Produktionsabläufe in der Industrie und in anderen Bereichen der Volkswirtschaft.

Nach überstandener Epidemie wird es bei den chinesischen Liefer- und Leistungsstrukturen mithin keine Rückkehr zum Status quo von vor dem COVID-19-Ausbruch geben. Der IV-Ökonom prognostiziert: Vielmehr wird China einen markanten

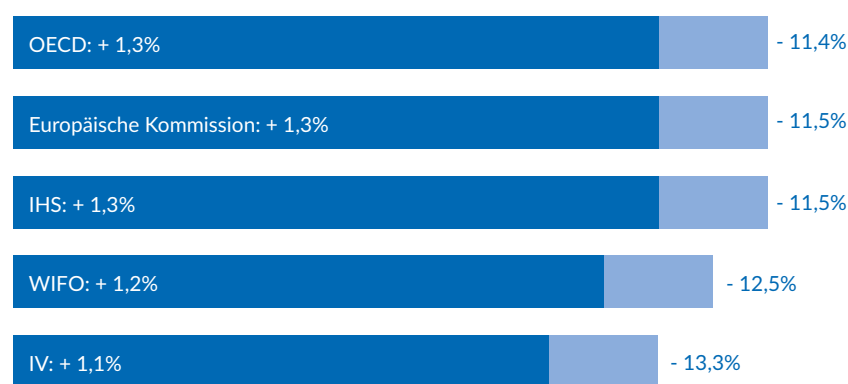
Schub an Prozessinnovation durch Digitalisierung beziehungsweise Virtualisierung erleben. Insbesondere, sobald auf Sicht der nächsten Monate oder Quartale ein Impfschutz gegen das Virus zur Verfügung stehen wird, erwächst hieraus mittel- bis langfristig gesehen das eigentliche Risiko der COVID-19-Epidemie für die europäische

und die österreichische Wirtschaft: in Sachen Digitalisierung gegenüber China (zum Teil weiter) zurückzufallen.

WEBTIPP

Eine ausführliche Analyse finden Sie unter [iv.at/iv-positionen/maerz20](https://www.iv.at/iv-positionen/maerz20)

BIP-Prognosen 2020 für Österreich und Auswirkungen von COVID-19



Der zu erwartende BIP-Zuwachs fällt somit um rund 12 Prozent geringer aus als ohne Auftreten der COVID-19-Epidemie.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Susanne Stissen, Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr, Heidi Abentung. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtcher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): gettyimages, IV-Burgenland, Helgebauer, Andreas Kraus, iStockphoto, Kolarik, Fischer, IV-Tirol, Matthias Rhomberg, Point of View

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Green Deal zur Chance für die Industrie machen

Mit dem „European Green Deal“ will die EU-Kommission Klimaneutralität bis 2050 erreichen. Aus Sicht der Industrie ist dafür der Ausbau der europäischen Technologieführerschaft unverzichtbar.

Rund 45 Maßnahmen umfasst der Green Deal von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, in den nächsten zehn Jahren ist damit ein Finanzierungsbedarf von einer Billion Euro verbunden. Aus Sicht der Industriellenvereinigung muss bei der neuen, langfristig ausgerichteten Klima- und Energiestrategie ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden – mit der Industrie, und nicht gegen sie. Die Industrie ist und bleibt schließlich Garant für Wohlstand, Arbeitsplätze und hohe Lebensqualität in Europa und eine zentrale Stellschraube zur langfristigen Erreichung von Klimaneutralität. Wie bedeutsam Österreichs Industrie für Wohlstand und Klimaschutz ist, zeigen die Zahlen: Mit einer überdurchschnittlich hohen Industriequote von 22,1 Prozent Wertschöpfungsanteil (EU-Schnitt: 19,1 Prozent) bildet der industrielle Sektor die Basis für Wohlstand und Arbeitsplätze in Österreich. Gleichzeitig zählt die österreichische produzierende Industrie zu den klima- und umweltfreundlichsten der Welt

und grüne Technologien „made in Austria“ werden global exportiert.

Eine Abwanderung der Industrie aus Europa und somit die Verlagerung der Emissionen in andere Regionen hätte nicht nur gravierende negative Folgen für Wohlstand und Arbeitsplätze, sondern auch deutlich negative Effekte auf das Weltklima: Dies bestätigt auch eine Studie des Instituts für industrielle Ökologie. Demnach stehen einer eingesparten Tonne CO₂ in Österreich (bei Verlagerung der Produktion) 1,9 Tonnen zusätzlicher CO₂-Emissionen im EU-Ausland – also fast das Doppelte – gegenüber. „Das zeigt, wie umweltfreundlich die rot-weiß-roten Industrieunternehmen und ihre Beschäftigten arbeiten“, sagt IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren.

Technologieführerschaft in Europa sichern, um Klimaschutz global zu betreiben

Einerseits muss die europäische Klimapolitik zu einem wirtschaftlichen und sozialen Erfolg

Die IV identifiziert sieben zentrale Grundvoraussetzungen, die unverzichtbar sind, um den Green Deal zum Erfolg zu machen:

1. Für die Unternehmen braucht es Planungs- und Rechtssicherheit sowie „grüne Kredite“ für die energieintensive Industrie.
2. Versorgungssicherheit und Leistbarkeit von Energie müssen gewährleistet sein. Der Energiebinnenmarkt muss vollendet werden.
3. Die Industrie braucht faire Rahmenbedingungen und daher ein globales Level-Playing-Field.
4. Investitionen in klima- und umweltrelevante Forschung, Entwicklung und Innovation müssen gestärkt werden.
5. Genehmigungsverfahren – und damit Investitionen etwa in Netze, Kraftwerke, Speicher oder Bahnprojekte – sind zu beschleunigen.
6. Die Einnahmen aus dem ETS-Handel sollen für die innovative heimische Industrie zweckgewidmet werden.
7. Mit einer offensiven europäischen und nationalen Industriestrategie müssen die Grundlagen für Wohlstand und Lebensqualität auch in Zukunft gesichert werden.

Europas werden, andererseits muss sichergestellt sein, dass auch die anderen globalen Akteure mitziehen. Denn heute steht die EU nur noch für rund 10 Prozent des weltweiten Ausstoßes an Treibhausgasen. „Die sehr unterschiedlichen klimapolitischen Ziele schaffen einen Wettbewerbsnachteil – insbesondere für die im internationalen Wettbewerb stehende energieintensive europäische Industrie“, so Koren.

erreichen. Stärkung und Ausbau europäischer Technologieführerschaft sind Grundbausteine, um die ambitionierten europäischen Wirtschafts- und Klimaziele zu erreichen.“

Das Fazit des IV-Vize-Generalsekretärs: „Auf dem Weg zur Klimaneutralität braucht Europa die Industrie als Teil der Lösung. Die Politik ist gefordert, jetzt die notwendigen Rahmenbedingungen zu gestalten und Finanzierungsmodelle zu schaffen.“

Entscheidend für die Umsetzung des Green Deal ist eine deutliche Erhöhung der europäischen und nationalen Forschungsgelder im Bereich Energie/Klima. Koren: „Nur wenn Europas Innovations-, Entwicklungs- und Forschungspotenziale richtig genutzt werden, können Technologien entwickelt werden, die es braucht, um das Ziel der Klimaneutralität zu

WEBTIPP

Den ausführlichen IV-Standpunkt „Der Europäische Green Deal als Chance für die Industrie – die Industrie als Chance für den Europäischen Green Deal“ finden Sie unter iv.at/iv-positionen/maerz20

Europäischer Standort garantiert globalen Klimaschutz



Quelle: Fiscal Monitor des IMF 2018

Einer eingesparten Tonne CO₂ in Österreich (bei Verlagerung der Produktion) stehen 1,9 Tonnen zusätzlicher CO₂-Emissionen im EU-Ausland – also fast das Doppelte – gegenüber.

IV-UPDATE

Horizon Europe: Die finale Vorbereitungsphase hat begonnen

2021 wird das neue EU-Forschungsrahmenprogramm starten. Die Verhandlungen zum künftigen EU-Finanzrahmen und damit auch zum Horizon Europe-Budget laufen auf Hochtouren.

Europäischer Rat und Parlament haben sich bereits im April 2019 politisch darüber geeinigt, wie Horizon Europe inhaltlich ausgestaltet werden soll. Ausständig sind allerdings noch die finanzielle Ausstattung sowie die Teilnahmebedingungen für Nicht-EU-Länder. Wie viel Geld in das Programm fließt, hängt vom EU-Budget ab, über das derzeit verhandelt wird.

Beim aktuellen EU-Vorgängerprogramm Horizon 2020 zählt Österreich zu den Top-Profiteuren: Die rot-weiß-rote Forschung konnte bisher mehr als 1,4 Mrd. Euro einwerben und wird damit das gesteckte Ziel von 1,5 Mrd. Euro bis Programmende sogar übertreffen. Ein Drittel davon erzielten heimische Unternehmen – die Stärkefelder sind Informations- und Kommunikationstechnologien, Verkehr und Energie.

Industrie-Prioritäten

Für die Industrie ist klar: Damit europäische Lösungen für wichtige Zukunftsherausforderungen gefragt sind, braucht es ein hohes Maß an F&E- und Technologiekompetenz sowie innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Wie in ihrem Arbeitsprogramm festgehalten, muss sich die österreichische Bundesregierung für die Stärkung und den Ausbau von Horizon Europe einsetzen.

Konkret verfolgt die IV drei Schwerpunkte: Erstens müssen mehr als 60 Prozent der gesamten Mittel in jene Programme fließen, die technologische Kernthemen sowie wichtige neue Schlüsseltechnologien fördern (z.B. Artificial Intelligence, High Performance Computing, Cyber Security). Vor allem die Cluster „Digital and

Industry“ sowie „Climate, Energy and Mobility“ brauchen eine deutliche Stärkung. Zweitens muss das Horizon Europe-Budget auf mehr als 120 Mrd. Euro (in konstanten Preisen) aufgestockt werden, wie dies auch das Europäische Parlament fordert. Und drittens: F&E-Vernetzung und Umsetzung müssen bei besonders wichtigen strategischen Partnerschaften abgesichert und vorangetrieben werden. Nur so kann es gelingen, die rot-weiß-rote „Fronrunner-Rolle“ zu halten, auszubauen und Wertschöpfungsketten in Österreich zu festigen.

INFORMATIONEN

Weitere Informationen zum Thema Forschung, Entwicklung und Innovationen sowie Horizon Europe finden Sie unter iv.at/iv-positionen/maerz20



BUNDESKANZLER KURZ IM IV-BUNDESVORSTAND

Bundeskanzler Sebastian Kurz war im Februar zu Gast im Haus der Industrie. Dabei diskutierte er mit den Mitgliedern des IV-Bundesvorstandes über die wirtschaftspolitischen Ziele und Schwerpunkte, die sich die Bundesregierung für die nächsten Monate vorgenommen hat. Wesentliche Themen waren aktuelle Fragen der Kapitalmarkt-, Klima- und Energie-, Steuer- sowie der internationalen und EU-Politik.



Kapitalmarkt braucht Wissen

Die Regierung plant eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Kapitalmarkt, das Interesse der Bevölkerung an Wertpapieren ist gestiegen.

SCHLECHTE NOTEN FÜR DAS FINANZ- UND WIRTSCHAFTSWISSEN IN ÖSTERREICH:

- Die umfangreichste internationale Erhebung zum Status quo der Finanzkompetenz liefert der „Global Financial Literacy Survey“ von Standard & Poor's Ratings Services. Die Erhebung dokumentiert den Anteil der Bevölkerung (15+), der als „financially literate“ bezeichnet werden kann. Österreich liegt mit 53 Prozent nur im Mittelfeld, Deutschland bei 66 Prozent. Dänemark ist Spitzenreiter mit 71 Prozent.
- Eine WU-Studie (Fuhrmann, 2016) offenbart gravierende Lücken im Bereich der Wirtschafts- und Finanzbildung. So meinen etwa 60 Prozent der befragten Schüler in der 8. Schulstufe, dass der Staat festlegen könne, was importiert und exportiert werde, oder dass ein hoher Mindestlohn die Arbeitslosigkeit senken würde. Finanzielle Bildung spielt im Unterricht fast keine Rolle. 61 Prozent der Befragten besprechen diese Themen mit ihren Eltern, lediglich 18 Prozent geben an, im Unterricht darüber zu kommunizieren.
- 40 Prozent der Österreicher stufen den Wissensstand der Schüler im Hinblick auf wirtschaftliche Zusammenhänge als schlecht oder sehr schlecht ein. Ebenfalls sehen über 60 Prozent der Befragten mangelndes oder nicht ausreichendes Wirtschaftswissen bei den Pädagogen, zeigt eine Market-Erhebung.

Die niedrigen Zinsen befeuern das – traditionell – niedrige Interesse der Österreicher an Wertpapieren. Eine Umfrage des Meinungsforschers Peter Hajek im Auftrag des Aktienforums zeigt: Bereits jeder vierte Österreicher ist heute am Wertpapierkauf interessiert. Vor zwei Jahren waren dies nur 11 Prozent. Mangelndes Wissen über den Kapitalmarkt ist und bleibt allerdings die Haupthürde für ein Engagement am Kapitalmarkt. Insgesamt 77 Prozent geben an, sich „weniger gut“ oder „gar nicht gut“ bei Veranlagungen an der Börse auskennen. Drei von vier schließen sich der Forderung von Industriellenvereinigung und Aktienforum nach mehr Finanz- und Wirtschaftsbildung schon in der Schule an.

„Das Interesse am Kauf von Wertpapieren ist seit 2017 signifikant angestiegen. Wir sehen hier einen echten Sprung nach vorne. Aber beim selbstverorteten Wissen hat sich im selben Zeitraum nicht viel getan. Jene, die prinzipiell interessiert wären, sind der Meinung, dass sie sich zu wenig auskennen“, lautet der Befund von Meinungsforscher Peter Hajek.

„Ein starker, attraktiver Wirtschaftsstandort braucht einen starken Kapitalmarkt.“

IV-Generalsekretär
Christoph Neumayer

sorge der Menschen“, so der IV-Generalsekretär. Die IV betont aus guten Gründen den doppelten Nutzen einer Belebung des Kapitalmarktes. Neumayer: „Uns geht es nicht nur um die Attraktivität des Standortes, sondern auch um ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema: Wie kann der Vermögensaufbau der Menschen gestärkt werden?“

Zentrale Anliegen zur Kapitalmarkt-Stärkung im Regierungsprogramm

Erfreulich ist aus Sicht von Aktienforum und IV, dass die gemeinsamen Bemühungen, das Thema Kapitalmarkt auf die Regierungsagenda zu setzen, erfolgreich waren. „Das Regierungsprogramm lässt positiv erkennen, dass man diesem Thema die nötige Aufmerksamkeit widmet“, sagt IV-Generalsekretär Neumayer. Auch Aktienforum-

Chance für Menschen und Standort

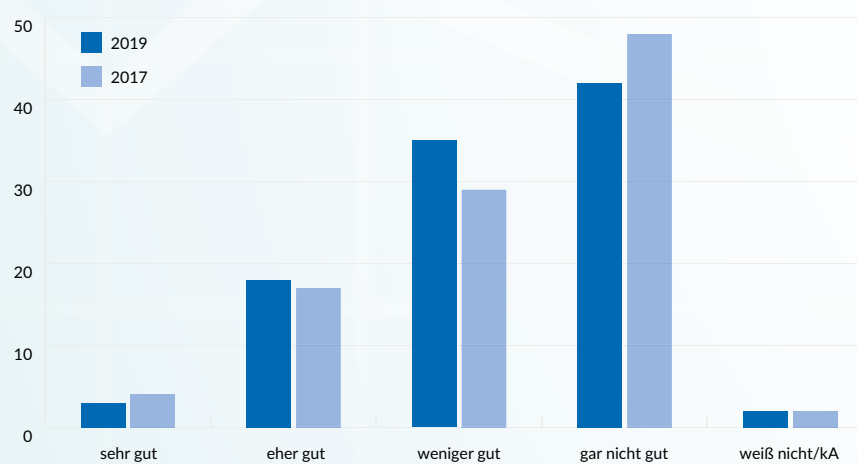
„Die Menschen wollen sich mit Aktien beschäftigen. Sie wollen sich zum Thema weiterbilden. Interesse und Potenzial sind vorhanden – dies müssen wir nützen“, bilanziert IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Der Kapitalmarkt ist Top-Thema – nicht nur aus standortpolitischen, sondern gerade auch aus gesellschaftspolitischen Gründen. Neumayer: „Ein starker, attraktiver Wirtschaftsstandort braucht einen starken Ka-

„Das Interesse am Kauf von Wertpapieren ist seit 2017 signifikant angestiegen.“

Meinungsforscher
Peter Hajek

Wie gut kennt man sich mit Veranlagungen an der Börse aus?

(in Prozent)



Die Österreicher haben einen gewissen Vorbehalt vor dem Aktienmarkt, weil sie sich nicht auskennen – und zwar in der Selbstverortung. Nur jeder Fünfte ist der Meinung, über ausreichend Börse-Kenntnisse zu verfügen.

Präsident Robert Ottel unterstreicht: „Die Bundesregierung hat für eine offensive Kapitalmarktpolitik richtige Maßnahmen im Regierungsprogramm gesetzt. Dies betrifft die Beseitigung von kosten- und personalintensiven Bürokratiebremsklötzen, die steuerliche Förderung von Veranlagungen zur privaten Pensionsvorsorge und eine groß angelegte Offensive beim Thema Finanzbildung von Jung bis Alt.“

Aus Sicht von Industriellenvereinigung und Aktienforum muss das Thema Kapitalmarkt daher nicht nur für die Unternehmensfinanzierung, sondern auch für Privatanleger an Attraktivität gewinnen. In diesem Sinne bezeichnet Ottel die Anhebung der Kapitalertragsteuer (KESt) auf Dividendenzahlungen im Jahr 2012 als „nach wie vor fatales Signal an Privatanleger auf dem heimischen Kapitalmarkt, das dringend zurückgenommen werden muss“. Im Sinne einer proaktiven Kapitalmarktpolitik plädieren die Unternehmensvertreter zudem dafür, dass steuerlich zwischen kurzfristiger Spekulation und langfristiger Investition – etwa zur Altersvorsorge – unterschieden werden muss.

„Als Anti-Spekulationsmaßnahme sollte die KESt-Steuerfreistellung bei einer Behaltensfrist von über einem Jahr wieder eingeführt werden. Diese führt vor allem zu einem:

pitalmarkt. Gerade jetzt in der Niedrigzinsphase ist der Kapitalmarkt für Bürgerinnen und Bürger als Anlagemöglichkeit und für den Vermögensaufbau besonders bedeutsam.“ Österreichs Aufholbedarf beim Nutzen des Kapitalmarkts als Anlagemöglichkeit ist jedenfalls enorm: So liegt etwa der OECD-Durchschnitt aus Kapitaleinkünften beim Alterseinkommen bei 18,4 Prozent. In Österreich sind es aber lediglich 5,8 Prozent. In der Schweiz bewegen sich die entsprechenden Werte jenseits der 40 Prozent, in Deutschland immerhin bei rund 16 Prozent. „Bei privater Vorsorge und Pension aus Sozialversicherung geht es nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch. Ein kapitalmarktgestützter Beitrag für Pensionen ist ein wichtiger Teil der Altersvor-





AUF EINEN BLICK

WIE DIE REGIERUNG DEN KAPITALMARKT STÄRKEN WILL

- **Abbau von Überbürokratie** im Bereich Börse und Kapitalmarkt
- **Stärkung der Finanzbildung** von Jung und Alt
- **Steuerliche Anreize** (z.B. Erarbeitung einer Behaltefrist für KESt-Befreiungen, um die Altersvorsorge zu stärken)

Einer klaren Abgrenzung zwischen kurzfristiger Spekulation und langfristiger Anlage zum Zweck des Vermögensaufbaus und der Altersvorsorge“, präzisiert Ottel. Klar positiv sei daher die Ankündigung der Bundesregierung, die eine solche Behaltefrist erarbeiten will. Um wieder mehr Unternehmen an die Börse zu bringen, sollten zudem Börsegänge durch eine steuerliche Anreizpolitik unterstützt werden.

Mehr Wissen, weniger Bürokratie

Industrie und Aktienforum fordern zudem, dass Wirtschafts- und Finanzbildung mit eigenständigem Inhalt im Bildungsverlauf verankert wird. Sie soll zur Grundbildung – wie Lesen, Rechnen, Schreiben – werden. Es gehe um die künftige Rolle der jungen Menschen als „Economic Citizens“. Konkret soll bei den PISA-Tests auch das OECD-Financial-Literacy-Tool abgefragt werden, das ist auch im Regierungsprogramm angekündigt. Neumayer: „Nur so sehen wir: Wo steht Österreich heute – und wo sollte es in Zukunft stehen, wenn es darum geht, die Möglichkeiten eines modernen, attraktiven Kapitalmarktes optimal zu nutzen?“

Wirtschafts- und Finanzbildung stärken

Moderne Unterrichtssettings, qualitativ hochwertige, fundiert evaluierte Unterrichtsmaterialien und die Motivation von Pädagogen für das Thema Wirtschafts- und Finanzbildung müssen gesichert werden. Ottel führt noch ein weiteres Argument an: „Das Thema Kapitalmarkt ist bisher ideologisch stark besetzt. In Österreich wird Wirtschafts- und Finanzbildung sehr stark vererbt. Es ist daher hoch unsozial, wenn die Schranken nicht beseitigt werden, die jungen Menschen den Zugang zu Wissen und damit eine Chance für Vermögensaufbau verwehren.“

„Die Bundesregierung hat für eine offensive Kapitalmarktpolitik richtige Maßnahmen im Regierungsprogramm gesetzt.“

Aktienforum-Präsident
Robert Ottel

Doch nicht nur Kinder und Jugendliche sollten sich mit diesem für sie so wichtigen Bereich beschäftigen – auch Erwachsene haben einen gesteigerten Informationsbedarf.

Meinungsforscher Hajek: „Aufklärungs- und Bildungsinitiativen sollten nicht nur die heutigen Schülerinnen und Schüler ansprechen, sondern auch Menschen, die heute schon veranlagen können. Denn, wenn wir erst auf die nächste Generation warten, dann haben wir wieder einen Zeitraum von 30 Jahren, bis die Menschen dann in die Veranlagung kommen können.“ Weitere Anliegen von Aktienforum und IV für den Kapitalmarkt sind die Überprüfung der EU-Übererfüllung (Gold Plating) im Kapitalmarktrecht, die Entbürokratisierung bei IPOs und das Ende der Veröffentlichungspflicht in Papierform in der Wiener Zeitung.

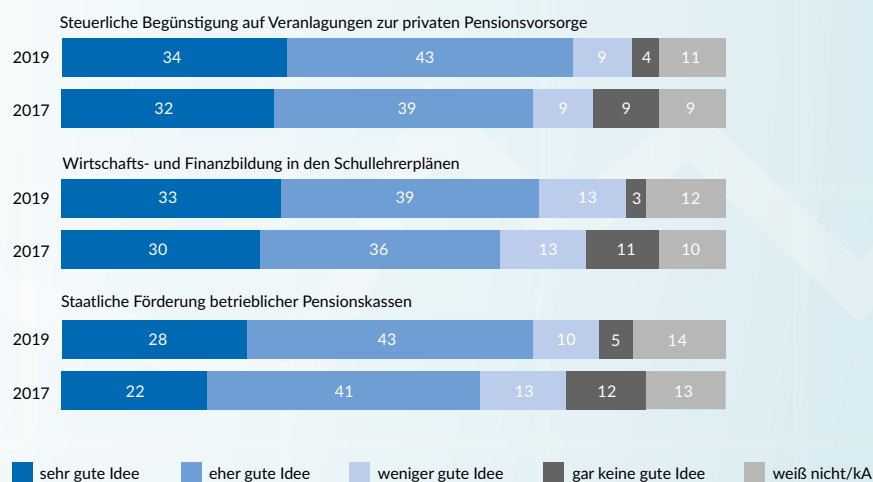
Außerdem: Die Außenwahrnehmung des österreichischen Kapitalmarkts wird durch viele Faktoren beeinflusst. Jede Gesetzesänderung und jeder staatliche Eingriff werden international beobachtet und als Basis für Investitionsentscheidungen herangezogen. Die Politik ist gefordert, ein positives Umfeld durch Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen, um internationales Kapital anzuziehen und so auch dem Kapitalmarkt zu einer Stärkung zu verhelfen. In diesem Sinne ist die angekündigte Weiterführung der „Roadshow Finanzplatz Österreich“ ein wichtiges politisches Bekenntnis.

eine gestärkte Eigenkapitalquote, Anreize für Investitionen sowie vor allem auch für ausländische Direktinvestitionen. Konkret würden aufgrund der Erhöhung der Lohnsumme durch eine Körperschaftsteuer-Entlastung auch Löhne und Gehälter – und damit die Beschäftigten – profitieren.

„Wie beim Kapitalmarkt zeigt sich auch bei der Unternehmensbesteuerung: Bewegen sich die Dinge in die richtige Richtung, dann profitieren Betriebe, Arbeitnehmer und ganz Österreich davon“, so IV-Generalsekretär Neumayer.

Bewertung der Vorschläge, um Motivation für mehr Börseninvestments zu stärken

(in Prozent)



Die Österreicher sind Vorschlägen zur Stärkung des Kapitalmarkts aufgeschlossen. Eine deutliche Mehrheit befürwortet eine bessere Wissensvermittlung in Schulen ebenso wie eine steuerliche Begünstigung auf Veranlagungen zur privaten Pensionsvorsorge.

Handlungsfähigkeit der Unternehmen sicherstellen

Gleichzeitig ist für die Industrie klar: Neben den Fragen der Wirtschafts- und Finanzbildung und der Kapitalmarktstärkung müssen wir darüber nachdenken, wie die Unternehmen bei konjunktureller Stagnation handlungs- und wettbewerbsfähig bleiben können, um Investitionen tätigen und Mitarbeiter beschäftigen zu können, so Neumayer: „Es ist wichtig, dass die Reduktion der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent im Regierungsprogramm eindeutig angesprochen wurde. Gerade jetzt brauchen wir aber auch einen konkreten Zeitpunkt für die KöSt-Senkung, damit die Unternehmen Planbarkeit haben. Eine rasche KöSt-Senkung würde jedenfalls als konjunktureller Boost wirken.“ Weniger steuerliche Belastung für Unternehmen bedeute im Ergebnis

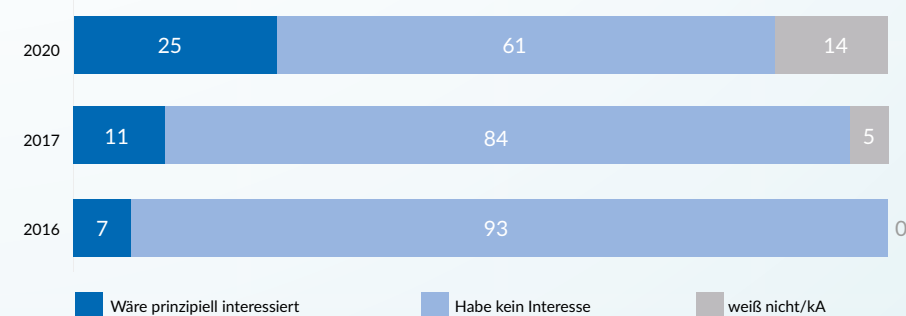


INFORMATION

Weitere Informationen zur Umfrage sowie zum Thema Kapitalmarkt finden sie unter: www.iv.at und www.aktienforum.org

Interesse am Kauf von Wertpapieren

(in Prozent; Basis: Befragte, die keine Wertpapiere besitzen)



In Zeiten von Nullzinspolitik suchen die Menschen nach anderen Spar- bzw. Anlagemöglichkeiten. Das Interesse der Österreicher für den Ankauf von Wertpapieren ist seit 2017 signifikant gestiegen.

Was die Steuerentlastung für Bürger und Standort bringt

Eine Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer bringt Wachstum, Investitionen und zusätzliche Arbeitsplätze. Wie viel genau hat das Wirtschaftsforschungsinstitut EcoAustria berechnet.

Es ist ein Spitzenplatz, auf den Österreich verzichten sollte. Die Bürger und Unternehmen schultern hierzulande die fünfthöchste Steuer- und Abgabenbelastung in der EU. Diese liegt mit rund 43 Prozent deutlich über dem Schnitt der EU-28 (40,3 Prozent). Anders gesagt: Bei den Beschäftigten kommt im Schnitt nur gut die Hälfte dessen an, was Unternehmen für die Stunde Arbeit zahlen.

In ihrem Arbeitsprogramm hat die türkisgrüne Regierung bekanntlich eine Entlastung für Arbeitnehmer und Unternehmen angekündigt. Konkret sollen bei der Einkommensteuer die erste, zweite und dritte Stufe des Steuertarifs von 25 auf 20 Prozent, von 35 auf 30 Prozent sowie von 42 auf 40 Prozent sinken. Auch bei Unternehmen soll die Belastung in Richtung EU-Schnitt angepasst werden. Im Zuge der laufenden Regierungsperiode soll die Körperschaftsteuer von 25 auf 21 Prozent reduziert werden. Derzeit ist diese ein Nachteil für den Wirtschaftsstandort Österreich im internationalen Vergleich – acht von neun Nachbarländern haben einen niedrigeren KöSt-Satz.

Erhebliche Wachstumswirkungen

Was bringt die Entlastung für Österreich? Kann sie Wachstum stärken, Investitionen ankurbeln und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze begünstigen? Das Wirtschaftsforschungsinstitut EcoAustria hat sich mit diesen Fragen beschäftigt. „Die

Senkung der hohen Abgabenbelastung des Faktors Arbeit und der Unternehmen hätte erhebliche volkswirtschaftliche Wachstumswirkungen“, erklärt EcoAustria-Direktor Tobias Thomas.

Mittel- bis langfristig würde das Bruttoinlandsprodukt um 1 bis 1,3 Prozent stärker zulegen als ohne Reformmaßnahmen. Damit verbunden wären höhere Nettoerwerbseinkommen, die die private Konsumnachfrage steigen ließen. Laut EcoAustria-Simulation würden demnach den Haushalten nach Abzug aller Abgaben, Steuern und Beiträge für Pflichtversicherungen mittelfristig 2,2 bis

langfristig 2,4 Prozent mehr für den privaten Verbrauch und zum Sparen zur Verfügung stehen. Investitionen würden wiederum um 3 Prozent zulegen.

35.000 zusätzliche Arbeitsplätze

„Dies hätte klar positive Effekte für den Arbeitsmarkt“, resümiert Thomas. Gemäß den Berechnungen feile die Beschäftigung mittel- bis langfristig um 35.000 Arbeitsplätze höher aus, verbunden mit einer um knapp 0,4 Prozent niedrigeren Arbeitslosenquote. Zum Vergleich: 2017 legte das BIP um rund 2,4 Prozent zu, in diesem Jahr wurden in Österreich rund 77.000 zusätz-

liche Arbeitsplätze geschaffen. Für 2020 prognostiziert die IV einen BIP-Zuwachs von 1 bis 1,25 Prozent.

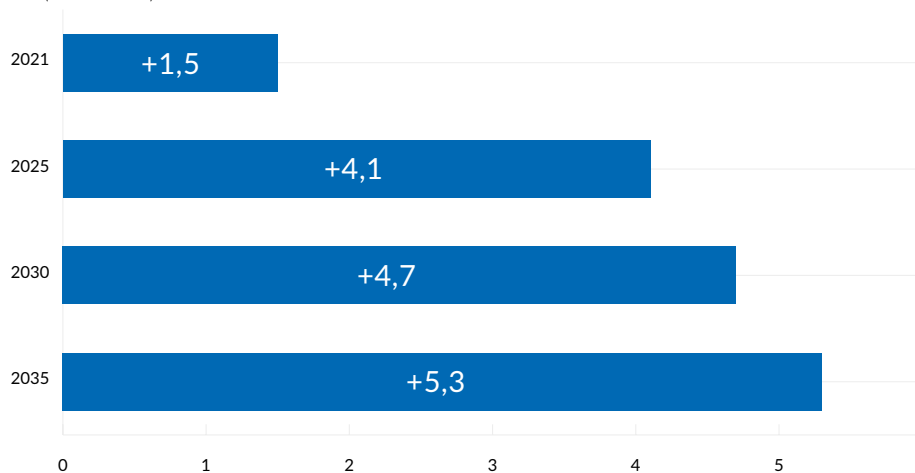
Einsparungspotenziale heben – ohne Leistungen für Bürger einzuschränken

Das Volumen beziffert EcoAustria auf rund 5,7 Mrd. Euro. Der Ökonom verweist darauf, dass „sich die Reform über das zusätzlich ausgelöste Wachstum und damit verbundene Mehreinnahmen zu 40 bis 50 Prozent selbst finanzieren würde“. Außerdem: Nach wie vor bestehen große Effizienzpotenziale bei den öffentlichen Ausgaben und damit Einsparungsmöglichkeiten – ohne die öffentlichen Leistungen für Bürger zu verschlechtern.

So zeigt das Europa-Benchmarking von EcoAustria, dass Österreich im europäischen Vergleich bei den öffentlichen Ausgaben in vielen Bereichen – Verwaltung, Bildung oder Gesundheit – einen Spitzenplatz einnimmt. Bei den Wirkungen werden allerdings nur mittelmäßige Ergebnisse erzielt. Beispiel Verwaltung: Hier beträgt der Personal- und Sachaufwand bereinigt gemäß der EU-Kaufkraft 822 Euro pro Jahr und Einwohner. Bei der Qualität der öffentlichen Verwaltung liegt Österreich im entsprechenden WGI-Index der Weltbank mit einem Wert von 1,44 Punkten allerdings nur im oberen Mittelfeld. Die Niederlande erreichen bessere 1,67 Punkte mit lediglich 483 Euro. „Die Ziele der Steuerreform und des Nulldefizits wären durchaus gemeinsam erreichbar“, schlussfolgert Thomas.

Was bringt die Entlastung?

BIP (in Mrd. Euro)



Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell

PuMA-Simulationsergebnisse – Effekte einer schrittweisen Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Körperschaftsteuer 2021 bis 2023

Wir dürfen den internationalen Markt nicht anderen überlassen

Wie die neuen Bundesminister die Industrie und den Standort einschätzen und welche Projekte sie in diesem Jahr umsetzen möchten – das fragen die iv-positionen in dieser und den nächsten Ausgaben. Diesmal an der Reihe: Außenminister Alexander Schallenberg

Welche Bedeutung hat die Industrie für Österreich im Jahr 2020?

Die Betriebe des industriellen Sektors haben mit ihrer weltweiten Präsenz einen wesentlichen Anteil am Exportvolumen Österreichs, das im Jahr 2018 erstmals einen Rekordwert von über 150 Mrd. Euro erreicht hat. Als Außenminister freut es mich besonders, dass diese Exporte nicht nur Motor der österreichischen Wirtschaft sind, sondern auch zur weltweiten Sichtbarkeit der „Marke Österreich“ beitragen.

In welchen Handlungsfeldern sehen Sie im internationalen Bereich die größten Herausforderungen in den kommenden Jahren?

Die Wirtschaft und die Arbeitswelt in Österreich, in Europa und auf der ganzen Welt verändern sich – Stichwort Industrie 4.0. Wir müssen die immer dynamischer werdende Globalisierung nutzen um aktiv jene Zukunftsindustrien zu identifizieren, in denen Österreich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten international Vorreiter sein kann. Wir dürfen den internationalen Markt nicht anderen überlassen.



ZUR PERSON

Alexander Schallenberg

ist studierter Jurist und seit mehr als 20 Jahren im öffentlichen Dienst tätig, unter anderem als Leiter der Europa-Sektion im BMEIA und der EU-Koordinationssektion im BKA. Der in Indien, Spanien und Frankreich aufgewachsene Karrierediplomat ist Vater von vier Kindern.

Welche Projekte möchten Sie im Laufe Ihrer Amtszeit umsetzen?

Ein Fokus der regionalen Schwerpunktsetzung der österreichischen Außenpolitik wird verstärkt auf Wachstumsmärkten in Asien liegen. So ist etwa die Einrichtung eines „Österreich-Hauses“ in Peking geplant – als „One-Stop-Shop“ für Visaanträge, Wirtschaftsangelegenheiten und Kulturvermittlung –, von dem auch die österreichische Industrie profitieren wird.

Welche Rolle spielt die Industriellenvereinigung bei der Gestaltung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Sie?

Ein Beispiel für die aktive Zusammenarbeit mit der IV und der WKÖ sind die „Austrian Leadership Programs“ (ALPS), bei denen internationale Führungskräfte aus den Bereichen Wirtschaft und Politik nach Österreich eingeladen werden. Neben dem Kennenlernen führender österreichischer Unternehmen schafft das Programm ein internationales und tragfähiges Netzwerk, das sich Österreich verbunden fühlt.

DIE
REGIERUNG
IM FOKUS



Firmenkultur immer wichtiger

Unternehmen müssten ebenfalls einen Beitrag zur Überwindung des Fachkräftemangels leisten, so der Geschäftsführer des AMS OÖ beim Top-Gespräch der JI-OÖ.

Auf großes Interesse der Mitglieder stieß das jüngste Top-Gespräch der JI-Oberösterreich mit dem Geschäftsführer des AMS Oberösterreich, Gerhard Straßer. Immerhin seien die Zeiten, wo das Bundesland österreichweiter Spitzenreiter im Ranking der niedrigsten Arbeitslosenquoten war, längst vorbei. Zumal OÖ nach Wien die zweithöchste Anzahl an Personen habe, die sich in Schulung befinden und damit aus der Arbeitslosenstatistik fallen, wie seitens der JI kritisiert wurde. Straßer führte aus, dass gerade in OÖ der Fachkräftemangel zu einem der zentralen Probleme für die Unternehmen geworden sei. Er könne aber keine Bewerber für hochqualifizierte Positionen, wie auch mittleres Management oder Führungspositionen, vermitteln. Umso wichtiger wäre daher eine konsequente Personalentwicklung innerhalb der Betriebe, etwa indem zum Beispiel Gruppenleiter zu Meistern und Schichtmeistern qualifiziert werden.

Überhaupt müssten die Unternehmen aufgrund der schwierigen Situation am Arbeitsmarkt vieles mehr als früher bedenken, so der AMS OÖ-Chef. So seien die Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Menschen inzwischen recht deutlich. Ältere würden weiterhin vor allem auf die Art der Arbeit und das Gehalt schauen. Für Jüngere würden andere Faktoren immer wichtiger, wie etwa die Stimmung im Unternehmen oder ihre Entwicklungsmöglichkeiten.

Jüngere würden sich hier auch aktiv, etwa über Plattformen wie whatchado, informieren. Employer Branding sowie Firmenkultur würden damit zu immer entscheidenderen Faktoren bei Bewerbungen. Zudem würden viele Firmen zu langsam auf Bewerbungen reagieren, wie Straßer meinte: Manchmal müssten Bewerber bis zu fünf Wochen auf eine Rückmeldung warten und seien dann verunsichert, ob ihre Bewerbung überhaupt angekommen sei.



Wirtschaftliche Basis stärken

Die internationale Unsicherheit ist auf einem Rekordhoch.

Aktuell befindet sich Österreich in einer relativ stabilen konjunkturellen Situation. Eine Rezession ist nicht zu befürchten, aber auch kein besonderes Wachstum zu erwarten. Allerdings liegt der Index der wirtschaftspolitischen Unsicherheit auf Rekordhoch – er ist sogar noch höher als 2008/2009. Die Unsicherheitsfaktoren sind teils bekannte, aber unberechenbare – wie etwa die Politik der USA. Eine andere Geschichte ist das Coronavirus: Dauer und Ausmaß dieser neuen Störung sind noch nicht abzuschätzen, aber Zulieferketten aus China und nun auch Italien werden wohl betroffen sein. Wer weiß, was noch folgt. Einerseits werden wir einen konjunkturellen Dämpfer hinnehmen müssen, eine Verknappung im Rohstoffbereich könnte ebenfalls folgen. Achtsamkeit ist also auf jeden Fall geboten.



Der Vorstand der JI-OÖ zu Gast bei AMS OÖ-Chef Gerhard Straßer

SAVE THE DATE

Alle Infos unter www.jungeindustrie.at



GRENZENLOS
JI Bundestagung 2020
08.-10. Oktober 2020 | Krems

IV-BUCHTIPPS

Ein Schicksalsjahr für Europa im Rückblick

1989 war ein „annus mirabilis“, ein Schicksalsjahr für Österreich und Europa: Innerhalb nur weniger Monate stürzte der kommunistische Ostblock wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs war der Weg frei für ein neues Europa. Österreich suchte in Brüssel um Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft an. Der Zerfall Jugoslawiens führte zu einem Bürgerkrieg am Balkan. All dies und vieles mehr beinhaltet das Buch „1989 – Europa verändert sein Gesicht“. Darin führt Herbert Vytiska, langjähriger Pressesprecher von Alois Mock, einen spannenden Exkurs durch mehr als vier Jahrzehnte europäischer und österreichischer Zeitgeschichte.

Technikerinnen vor den Vorhang

Auch 2019 waren die populärsten Lehrberufe für junge Frauen immer noch Bürokauffrau, Friseurin und Verkäuferin. Dabei sind die Karriere- und Verdienstmöglichkeiten in technischen Berufen deutlich größer. Gebessert hat sich die Situation an FH und Unis. Hier ist der Frauenanteil bei MINT-Fächern in den vergangenen Jahrzehnten laufend gestiegen, bleibt aber trotzdem von der Parität weit entfernt. In „Frauen können Technik“ porträtiert der Wirtschaftsjournalist Reinhard Engel Frauen, die sich bewusst für Technik entschieden haben. Im April finden die Girl's Days bzw. der Wiener Töchtertag statt. Dieses Buch würde sich als Geschenk an die jungen Besucherinnen eignen, wo sie unterschiedliche interessante Berufe mit technischer Ausbildung sehen können.



Herbert Vytiska, 1989 – Europa verändert sein Gesicht, 2020, 209 Seiten



Reinhard Engel, Frauen können Technik. Portraits und Reportagen aus Österreich, 2019, 192 Seiten

WHAT THE HACK?!


Cyberangriffe sind vielfältig und können im Zeitalter der Digitalisierung enormen Schaden anrichten. Industrie 4.0 bietet dabei eine besonders breite Angriffsfläche. Wie sieht die aktuelle Bedrohungslage aus und welche Ansätze können Unternehmen und die Politik verfolgen, um das „Cyber-Risiko“ zu minimieren? Die JI-OÖ wird sich 2020 mit diesem spannenden Themenfeld beschäftigen. In Kooperation mit der Jungen Wirtschaft OÖ und der Oberbank AG findet am 2. April ein hochkarätiges Event zum Thema statt – mit Impulsstatements von Robert Kolmhofer, Leiter des Departments Sichere Informationssysteme an der FH Hagenberg, und Walter Unger, ObstdG, Leiter Abt. Cyber Defence & IKT-Sicherheit im Verteidigungsministerium, wie auch einer Live-Hacking-Demonstration und Expertendiskussion. Alle Infos sowie die Möglichkeit zur Anmeldung unter: www.jungeindustrie.at

Klar ist, dass wir in Österreich auf solcherlei internationale Entwicklungen wenig Einfluss haben. Dennoch können wir einiges tun, um unsere wirtschaftliche Basis weiter zu stärken. Einerseits wird es dazu Impulse der neuen Bundesregierung brauchen – manches, Stichwort Steuern, ist ja angekündigt. Man hofft auf rasche Umsetzung. Weiters seien die Klassiker wie Bildung, Forschung und Digitalisierung zumindest erwähnt. Ein besonderes Augenmerk sollten wir zudem auf die Regionalpolitik legen. Eine der Stärken Österreichs sind die engen wirtschaftlichen Bande zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Zwar haben die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland aufgrund der Sanktionen gelitten – hier haben sich unsere Exporte zwischen 2013 und 2018 halbiert.

Über die engen Verflechtungen zu unseren restlichen Nachbarn in Zentral- und Osteuropa importieren wir aber laufend konjunkturelle Impulse. Auch die Dynamik der Exporte in die Balkanstaaten ist positiv, so stiegen die Exporte nach Kroatien und Slowenien um mehr als 22 Prozent. In dieser Region ist Österreich traditionell sowohl politisch als auch wirtschaftlich gut vertreten, dies sollten wir beibehalten bzw. verstärken.

Das gemeinsame Europa ist und bleibt der wichtigste Sicherheits- und Stabilitätsfaktor für uns als kleines, exportorientiertes Land. Heimische Unternehmen sind in der ganzen Welt unterwegs und erfolgreich – und das ist gut so. Aber eine gesunde Basis „daheim“ ist entscheidend, um für schwierige Zeiten gerüstet zu sein. Die aber kommen sicher, warum und wann auch immer.

Herzlichst Euer


Andi Wimmer,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Junge Industrie und Junge Wirtschaft zu Gast bei Ottakringer

Ende Jänner besuchten Mitglieder der JI-Wien und der Jungen Wirtschaft Wien die Ottakringer Brauerei im 16. Wiener Gemeindebezirk.

Vor Ort konnten die Teilnehmer bei einer Betriebsführung den gesamten Prozess des Bierbrauens kennenlernen, von den Rohstoffen – samt Wasser aus dem hauseigenen Brunnen – bis zum fertigen Getränk. Das Traditionsunternehmen Ottakringer produziert im gleichnamigen Wiener Gemeindebezirk seit mehr als 180 Jahren verschiedenste Biersorten mit einem Gesamtvolumen von 500.000 Hektoliter im Jahr. Zugleich ist das Unternehmen seit einiger Zeit auch unter die Event-Organisatoren gegangen: 5.000 Events jährlich finden am Firmenareal statt.



behauptet, wie sich der Biermarkt in Österreich verändert, wie Ottakringer dabei innovativ bleibt und wie das Unternehmen mit Megatrends wie Digitalisierung und Ökologisierung umgeht. Besonders gebannt lauschte das Publikum der Geschichte, als Geschäftsführer Ortner für eine Woche seinen Job mit dem deutschen Kondom-Startup-Unternehmer Philip Siefer tauschte – eine nicht alltägliche Erfahrung, von der beide Manager viel lernen konnten.



Der Ottakringer-Besuch war die erste Veranstaltung im Rahmen einer neuen Kooperation zwischen JI-Wien und der Jungen

Wirtschaft Wien, Nachwuchsorganisation der Wirtschaftskammer Wien. Weitere gemeinsame Aktivitäten sind in Planung.

Entrepreneur of the Year Award 2020: Bewerbungsphase ist eröffnet!

Auch 2020 ist die IV-Wien wieder Partner des Entrepreneur of the Year Award (EOY) – des weltweit größten Unternehmerpreises.

Der EOY wird jährlich in 60 Ländern ausgetragen. Ziel ist es, die besten Unternehmer auszuzeichnen und sie durch vielfältige Aktivitäten untereinander zu vernetzen. Jedes Jahr sind weltweit rund 50.000 Unternehmer dabei, es gibt 5.000 Nominierungen und 1.200 Finalisten. Entspricht die Bewerbung den Teilnahme-kriterien, folgt ein Interview. Anschließend entscheidet eine hochkarätig besetzte Jury über die österreichischen Preisträger. Innovation, Vision, Wertschöpfung, Nachhaltigkeit des Wachstums und gesellschaftliches Engagement des Entrepreneurs sind wesentliche Entscheidungskriterien.

Im Rahmen einer Gala am 16. Oktober 2020 in der Wiener Hofburg wird der Award in folgenden Kategorien vergeben:

- Industrie & Hightech
- Handel & Konsumgüter
- Dienstleistungen
- Start-ups
- Social Entrepreneur

INFORMATION

Bewerbungen werden bis 30. April 2020 entgegengenommen:
<https://eoy.ey.com/home>

Gabriele Tamandl
gabriele.tamandl@at.ey.com



Standortpaket jetzt! Konkret handeln für eine bessere Wettbewerbsposition

Aktuelle globale Risiken erfordern zügige Entlastungsmaßnahmen und Planungssicherheit.



uns nunmehr drastisch vor Augen, wie fragil diese sind und damit auch unsere industrielle Position. Der Großteil unseres Wohlstandes kommt aus dem Erfolg auf den internationalen Märkten: 6 von 10 Euro werden dort erwirtschaftet. Gerade hier erleben wir zurzeit einen einmaligen Stresstest, oder einen „Lehman-Moment der Globalisierung“, wie es Prof. Felbermayr vom Institut für Weltwirtschaft in Anlehnung an die Krise 2008 bezeichnet hat.

Wichtigste Aufgabe der Bundesregierung ist es nunmehr, ohne Zeitverzug auf diese neue Situation zu reagieren. Wir sollten dazu gemeinsam an den wichtigsten Stellschrauben drehen, um Österreich resilienter zu machen und gleichzeitig langfristige strukturelle Anpassungen vorzunehmen. Wie gut geeignete Maßnahmen wirken, sieht man am Beispiel der Arbeitszeitflexibilisierung. Auf große kurzfristige Nachfrageschwankungen kann die Industrie reagieren und die Produktivität damit aufrechterhalten. Folgende Maßnahmen sind aus meiner Sicht nun vorrangig, um

die kommenden Herausforderungen erfolgreich meistern zu können:

- Investitionsfreibeträge sowie vorzeitige Abschreibungsmöglichkeiten sollten kurzfristig den Steuerdruck mindern und Investitionen aufrechterhalten.
- Die angekündigte und längst überfällige Senkung der Körperschaftsteuer für Unternehmen muss 2021 kommen.
- Zu vermeiden sind allerdings weitere Belastungen im Energie- und Mobilitätsbereich – mit einem direkten und indirekten Anteil von fast 20 Prozent des Steueraufkommens.
- Es gilt aber auch die Investitions- und Innovationsanstrengungen, insbesondere in neuen Bereichen wie Künstlicher Intelligenz und Data Analytics, anzukurbeln.
- Die Rot-Weiß-Rot Card muss endlich reformiert und die Umsetzung vereinfacht werden, denn wir müssen die besten Köpfe und Talente für unseren Standort gewinnen.
- Dabei ist es ein schlechtes Signal, wenn der Grenzsteuersatz von 55 Prozent nun doch

- nicht ausläuft, wie eigentlich vorgesehen.
- Auch die Nichtabsetzbarkeit von Manager-Gehältern über 500.000 Euro ist eine vom Neidpopulismus getragene Zusatzbelastung, die es vielen Unternehmen unmöglich macht, Top-Führungskräfte nach Österreich zu holen.
- Letztlich ist es auch notwendig, zügige steuerliche Entlastungen für unsere Arbeitnehmer sicherzustellen, um den Konsum anzukurbeln und damit die Konjunktur zu stützen.

Und lassen Sie mich abschließend eine Frage stellen: Warum schaffen wir nicht endlich die kalte Progression ab?

Ihr

Christian C. Pochtler
Präsident der IV-Wien

S pätstens seit Verschärfung der globalen Zoll- und Handelsdiskussion steht die Globalisierung auf dem Prüfstand. Gerade unsere hochtechnologischen analogen Produkte sind davon betroffen. Welche Rolle wollen und können wir in den neu konfigurierten Wertschöpfungsketten spielen? Die aktuelle Coronavirus-Epidemie führt

IV-AVISO

„Wiener Qualitätssiegel Top-Lehrbetrieb“

Bewerbungen sind ab sofort bis 15. Juni 2020 möglich.

A uch 2020 wird wieder das „Wiener Qualitätssiegel Top-Lehrbetrieb“ von Stadt Wien, IV-Wien, WK Wien, AK Wien und ÖGB in Kooperation mit dem WAFF-Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds vergeben.

Das Siegel ist vier Jahre gültig. Seit Kurzem können sich daher auch all jene Betriebe, die es bereits 2017 erhielten, wieder bewerben!

Zulassungskriterien:

- Mindestens ein Lehrling in Ausbildung zum Zeitpunkt der Antragstellung

- Mindestens zwei Lehrlinge haben Lehrabschlussprüfung positiv absolviert
- Nicht bestandene Lehrabschlussprüfungen oder vorzeitige Lösungen von Lehrverträgen stellen Ausnahmen dar
- Schriftliche Ausbildungsplanung, das gesamte Berufsbild umfassend



Wiener Strategieforum

in Kooperation mit der IV-Wien

26. Mai 2020

Library & Learning Center der WU Wien

Im Rahmen des Wiener Strategieforums kommen jedes Jahr Top-Entscheider aus Wirtschaft und Wissenschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien zusammen und tauschen sich im exklusiven Rahmen zu den essenziellen Fragen der Zukunftsgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft aus.



Das Strategieforum findet im Learning Center der WU Wien statt.

INFORMATION

Weitere Informationen zum Programm finden Sie unter: strategieforum.at

Kontakt: info@strategieforum.at
T: +43 1 31 336 6418



„Die Herausforderungen der Zukunft bedürfen auch städtischer Antworten“

Wiens Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales Peter Hanke sprach mit den iv-positionen über die Herausforderungen für den Standort Wien, die neue Wiener Wirtschafts- und Innovationsstrategie sowie die Bedeutung der städtischen Industrie.



ZUR PERSON

Peter Hanke

Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Sie haben als Wirtschafts- und Digitalisierungsstadtrat kürzlich unter dem Titel „Wien 2030: Wirtschaft & Innovation“ das Nachfolgepapier zur Innovationsstrategie 2020 präsentiert. Erstmals umfasst diese Strategie auch in breiter Weise Aspekte des Wirtschaftsstandorts. Warum war es Ihnen wichtig, dass Wien eine Wirtschaftsstrategie bekommt? Welche Ziele verfolgt die Stadt damit?

Wien steht gut da! Die Wienerinnen und Wiener erwirtschaften gemeinsam jedes Jahr rund 100 Milliarden Euro, das ist ein Viertel der Wirtschaftsleistung von ganz Österreich oder so viel, wie Kroatien und Slowenien zusammen. Und wir haben es zuletzt geschafft, dank eines sehr disziplinierten Budgetvollzugs und durch die gute Konjunkturlage früher als geplant, nämlich bereits im Jahr 2019, ein Nulldefizit zu er-

reichen. Alle diese Faktoren tragen dazu bei, dass Wien wiederholt den Titel der lebenswertesten Stadt der Welt erlangt hat. In den letzten Monaten habe ich über hundert Wiener Unternehmen besucht und mich davon überzeugen können, dass unser Wirtschaftsstandort auf starken Beinen steht: Wir haben Betriebe, die in ihrem Bereich zur Weltspitze zählen – von kleinen Start-ups bis zur großen Industrie. Wir haben hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Know-how, Kreativität und Motivation am gemeinsamen Erfolg arbeiten. Und wir haben eine funktionierende Infrastruktur, auf der alle Wienerinnen und Wiener aufbauen können. Die Herausforderungen für die Zukunft sind dennoch enorm: Klimawandel, Digitalisierung und Urbanisierung verändern unsere Lebensweise rasant und bedürfen gerade auch städtischer Antworten. Denn sie werden langfristige und weitreichende Auswirkungen auf unser Leben in der Stadt haben und lassen sich nicht einfach mit einer Einzelmaßnahme lösen. Was wir also brauchen, sind zahlreiche aufeinander abgestimmte Maßnahmen über längere Zeiträume hinweg, die immer wieder evaluiert werden. Und als Grundlage für dieses langfristige Vorgehen dient die gemeinsam entwickelte Strategie.

Mit dem Vienna Economic Council haben Sie einen neuen Wirtschaftsbeirat für Wien geschaffen, der aus Vertretern der Stadt, der Sozialpartner, wichtiger Leitbetriebe und der Wissenschaft zusammengesetzt ist und der die Umsetzung der Wirtschafts- und Innovationsstrategie begleiten soll. IV-Wien-Präsident Christian C. Pochler ist Mitglied des Councils. Was kann ein solcher Beirat und

was können Organisationen wie die IV-Wien für den Wirtschafts- und Industriestandort Wien leisten?

Ich habe das Vienna Economic Council ins Leben gerufen, damit die wichtigsten Stakeholder der Wiener Wirtschaft an der Entwicklung der Strategie führend beteiligt sind. Dabei ist die Industriellenvereinigung naturgemäß ein wichtiger Partner. Die Bedeutung der Industrie darf auch für eine Stadt wie Wien nicht unterschätzt werden. „Smarte Produktion“ ist daher auch eines der sechs Spitzenthemen, auf die wir im Rahmen von WIEN 2030 fokussieren.

Es war mir wichtig, dass ich die Strategie nicht alleine im stillen Kämmerchen schreiben, sondern dass die Experten am Standort gemeinsam herausarbeiten, worauf es ankommt. Deshalb wurden unter der Federführung und Koordination der Magistratsabteilung 23 – Arbeit, Wirtschaft und Statistik – gemeinsam mit allen relevanten Stakeholdern die Themen der kommenden Jahre ausgearbeitet und in diesem gemeinsamen Prozess die Strategie erstellt.

Stichwort Wirtschafts- und Industriestandort: Im Wettbewerb der Wirtschaftsmetropolen ist Wien mit hoher Lebensqualität, exzellenten Bildungs- und Forschungseinrichtungen und einer Vielzahl internationaler Leitbetriebe schon jetzt gut aufgestellt. Es gibt aber natürlich auch Bereiche, wo die Stadt noch Aufholbedarf hat. Was sind Ihres Erachtens die größten Herausforderungen für den Standort Wien? An welchen Stellschrauben wollen Sie drehen, um Wien in Zukunft noch attraktiver für Betriebe aus dem In- und Ausland zu machen?

Genau diese Frage beantwortet die Wirtschafts- und Innovationsstrategie WIEN 2030. Denn eines war uns von Anfang an klar: Eine gute Strategie ist das eine – doch entscheidend ist, dass sie auch in der Praxis ankommt. Die Strategie beinhaltet daher genau diese Stellschrauben, in Form von sogenannten Leitprojekten, die nun konsequent umgesetzt werden. Damit machen wir die Strategie für die Wienerinnen und Wiener spürbar und bringen den Standort Wien Schritt für Schritt voran.

Bereits 34 Leitprojekte wurden dem Vienna Economic Council vorgelegt, mit deren Umsetzung bereits begonnen wurde, wie zum Beispiel:

- **Cybersecurity Hub:** Mit der Gründung des „Vienna Cybersecurity and Privacy Research Centers“ werden die Cybersecurity-Kompetenzen verschiedener Institutionen unter einem Dach gebündelt.
- **Die 5G Use Case Challenge,** die konkrete innovative 5G-Anwendungen gesucht hat, die Unternehmen in der Stadt als Pilotprojekte umsetzen.
- **Das EIT-Center** wurde als Innovations-Drehscheibe für smarte Produktionstechniken bereits im Dezember eröffnet – gemeinsam mit allen Sozialpartnern und wichtigen Unternehmen am Standort.

Und viele weitere spannende und innovative Projekte stehen bereits in den Startlöchern und warten darauf, umgesetzt zu werden, damit wir die Herausforderungen der Zukunft proaktiv angehen.